

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14.5.2020, die, um die notwendigen Abstände zwischen den Sitzungsteilnehmern und -teilnehmerinnen einhalten zu können, in der Stadthalle stattfand.

Oberbürgermeister Thomas Geisel verlieh Ehrenringe an die Ratsmitglieder Matthias Herz und Peter Knäpper, die dem Rat mehr als 10 Jahre angehören, und die Beigeordnete Helga Stulgies, die dieses Amt seit mehr als 12 Jahren inne hat.

Aktuelle Informationen zum Corona-Virus (SARS-CoV-2)

Die Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Göbels und der Leiter der Feuerwehr Herr von der Lieth berichteten über die Entwicklung der Fallzahlen, die Kapazität für Tests und Intensivbetten der Kliniken, die aktive Fallfindung in Gemeinschaftsunterkünften und Pflegeheimen, das Quarantänemanagement, die Unterstützung von Unternehmen bei der Aufnahme des Betriebs, die Öffnung von städtischen Einrichtungen, das Arbeitsschutzmonitoring für städtische Mitarbeiter und die Verteilung der Schutzausrüstung, die über das Land alle zwei Tage zur Verfügung gestellt wird. Die Schutzausrüstung kann Pflegeheimen und Pflegediensten zur Verfügung gestellt werden, da die Stadt selbst rechtzeitig Schutzkleidung für den eigenen Bedarf gekauft hatte. Die Struktur über das Testzentrum an der Mitsubishi-Electric-Halle und die mobilen Test-Teams wird weiterhin vorgehalten. Derzeit wird an dem Katalog der Maßnahmen gearbeitet, die einzuleiten sind, falls die Infektionszahl von 50 Personen je 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen überschritten wird.

Aktuelle Anfragen und Anfragen

Die Antworten zu den insgesamt 26 Anfragen sind schon zur Ratssitzung in das Internet eingestellt worden und können hier abgerufen werden: www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html

Anträge der Fraktionen wurden nicht beraten, da die Sitzung wie zuvor abgesprochen, um 18 Uhr endete.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kunstpalast

Cornelia Mohrs (SPD) wurde zu Vorsitzenden, Clara Gerlach (BÜ90) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Aufgrund des Ratsbeschluss vom 11.10.2018 zur Übertragung des Gebäudeunterhalts und der Instandhaltung für den Altbau auf die Stiftung Museum Kunstpalast und dem darauf abgeschlossenen Nutzungs- und Betriebsüberlassungsvertrages vom 05. Juni 2019 ist die Stiftung Museum Kunstpalast Bauherr und zuständig für die Sanierungen und Umbaumaßnahmen im Gebäudekomplex.

Auf Grundlage des Bedarfsbeschlusses vom 04.07.2019 hat die Stiftung Kunstpalast die Planung und Kostenberechnung für die Sanierungen und Umbaumaßnahmen erstellt. Die Kostenberechnung fällt gegenüber der Kostenprognose des Bedarfsbeschlusses um 10,4 Mio. EUR höher aus und liegt bei 39,9 Mio. EUR. Die Konkretisierung der Planung führte zu erweiterten Erkenntnissen und weitreichenden Planungsanpassungen in den Bereichen Beleuchtungskörper für die Sammlungsbereiche, Klimatisierung, Ausbau der Anlieferung Süd/Joseph-Beuys-Ufer am neuen Lastenaufzug, Feuerwehrzufahrt Viktoriaplatz, Wiederherstellung der denkmalgeschützten Außenanlagen. Weitere Kosten entstehen für die zusätzlich erforderliche, ursprünglich nicht in diesem Umfang vorgesehene museale Ausstattung. Die Baunebenkosten mussten aufgrund der detaillierteren Planung der Umzüge, Zwischenlagerung und Interimsbüros und des gestiegenen Kostenvolumen angepasst werden. Die Baukostenindexsteigerung ist in der Kostenberechnung berücksichtigt.

Eingespart werden soll die statische Instandsetzung der Bibliothek, da diese nicht zu einer befriedigenden langfristigen räumlichen Lösung führt.

Für das Bepflanzungskonzept und für die museale Ausstattung inklusive Ausstellungsbeleuchtung mit Kosten in Höhe von ca. 3.168.000 EUR soll ein separater Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss gefasst werden, da Beauftragung und Umsetzung unabhängig von den Baumaßnahmen erfolgt. Der Bauantrag für die Sanierungen und Umbaumaßnahmen im Gebäude soll zeitnah eingereicht werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission RRX

Die Fachverwaltung hat die abschließenden Untersuchungsergebnisse der Deutschen Bahn zu beiden Varianten – Tief- und Hochlage - hinsichtlich des Kreuzungsbauwerks Reisholz intensiv geprüft und bewertet nach Abwägung aller relevanten Planungsparameter die Hochlage als planerisch akzeptabel. Seitens der Kommission wurde kritisch angemerkt, dass dem einhelligen Votum des Bürgerdialoges für die Tieflage nicht gefolgt wird. Die Politik wird sich im Rahmen der Gremienbeteiligung noch ausführlich mit dem Thema befassen wird, um die bestmögliche Lösung zu finden.

Die Kommission hat erfreut den aktuellen Verhandlungsstand und die Zusagen der DB zur Kenntnis genommen, dass die Forderung der Stadt zur Personenunterführung (PU) am S-Bahnhof Angermund, zum Ausbau der Angermunder Straße als Deckbrückenkonstruktion mit einer Fahrbahnverbreiterung zur Aufnahme von Radfahrerschutzstreifen, zur Direktanbindung des Bilkrather Weges an den S-Bahnhof und zur Optimierung einer annähernd barrierefreien PU An den Kämpen in die zu erstellende Genehmigungsplanung für das Planfeststellungsverfahren aufgenommen wird. Mit 5 m hohen Schallschutzwänden und dem besonders überwachten Gleis auf den RRX- und Fernbahngleisen können nach der Erstberechnung der DB 87 % aller Lärmschutzfälle aktiv gelöst werden. Um die vom Stadtrat gesetzte Zielmarke von 90 % zu erreichen, hält die Verwaltung weiterhin die Forderung nach dem Einbau einer Schallschutz-Mittelwand in den durch den S-Bahnsteig aufgeweiteten Streckenbereichen aufrecht. Der Bauabschnitt wird in den Gestaltungswettbewerb für die Schallschutzwände einbezogen. Hinsichtlich der Umfeldplanung des S-Bahnhofs sieht die Kommission noch Optimierungsbedarf. Die Kommission zeigt sich insgesamt recht zufrieden mit dem dargestellten Planungsstand.

Laut dem von der Stadt eingeforderten Gutachten haben die Schallschutzwände keine relevanten Klimaauswirkungen. Das Gutachten empfiehlt jedoch die "Baulücken" des Lärmschutzes zu belassen und Baumaterialien für die Schallschutzwände mit geringer Wärmespeicherung zu verwenden. Eine Begrünung bzw. Baumaterialien mit geringer Wärmespeicherung können zusätzliche Kühlleistungen erbringen.

Die Verhandlungen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung dauern an, wobei die meisten Punkte, wie z.B. ein Gestaltungswettbewerb für die Schallschutzwände und der weitestgehende Erhalt von Straßenbäumen bereits verhandelt sind. Zentraler Streitpunkt ist aktuell das Nutzungsentgelt für die Inanspruchnahme städtischer Flächen als RRX-Baustelleneinrichtungsflächen. Ein Kompromiss wird erarbeitet.

Die Stadt hat die Einholung einer Zweitmeinung zur vorliegenden baustatischen Berechnung der DB-Stützmauer an der Gustav-Poensgen-Straße beauftragt. Parallel dazu prüft die DB noch die Variante einer Rückverankerung der Stützmauer. Beide Prüfungen dienen dazu, die bautechnischen Möglichkeiten auszuloten, die erforderlichen Schallschutzwände auf dem hochliegenden DB-Gelände errichten zu können.

Bericht aus der Kleinen Kommission Stadtbahn U81

Gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 22.7.2019 war Klage beim Oberverwaltungsgericht eingereicht worden. Im Eilverfahren wurde der Antrag abgelehnt. Für das Hauptsacheverfahren wird auch keine Aussicht auf Erfolg der Klage gesehen. Gegenüber dem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss ist es zu Mehrkosten in Höhe von 26 Mio. Euro brutto gekommen. Durch die Änderung des Gemeindeverkehrs-

Finanzierungsgesetzes ergibt sich rückwirkend zum 1.1.2020 eine Erhöhung der Förderquote auf 95 % und eine deutliche Reduzierung des Eigenanteils der Stadt (der Änderungsbeschluss ist unten dargestellt). Die Corona-Pandemie hat bereits hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeitskräften und unterbrochener Lieferketten Einfluss auf den Bauablauf. Kosten- und Bauzeitenveränderungen können aber noch nicht spezifiziert werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Im Bereich der Shadowstraße wird derzeit die südliche Straßenseite gepflastert. Der Hochbau befindet sich im Innenausbau, die mittlerweile komplett mit Heckenelementen bestückte Fassade ist durchgehend begrünt.

Der Vertrag zur Errichtung der geplanten LED Werbeanlage (LED Screen) ist abgesehen von einer abschließenden Vereinbarung zur sogenannten Folgeregelung (Ergänzung/ Gestaltung der Fassade nach vorzeitiger oder teilweiser Abschaltung, bzw. Entfernung des LED Screens) endverhandelt.

Die Kommission stellt ihre Zustimmung zu einer Vereinbarung über eine Gestaltungslösung unter den Vorbehalt einer vorherigen Zustimmung des Architekten Ingenhoven. Zusätzliche Werbeanlagen an weiteren Gebäudeteilen, wie z.B. entlang der Bleichstraße werden von der Kommission weiterhin einstimmig abgelehnt. Die innenliegenden Werbungen sind genehmigungsrechtlich irrelevant. Da keines der vorliegenden Muster zu Asphaltflächen auf dem Gustaf-Gründgens-Platz die uneingeschränkte Zustimmung fand, wurden Alternativen untersucht, die in Kürze vorgestellt werden. Die Verwaltung wird der Kommission den Einbau von Terrazzo-Asphalt in der bemusterten dunklen Ausführung mit Basalt empfehlen. Hierzu sollten jedoch weitere Optionen untersucht werden, für die es einen zusätzlichen Entscheidungstermin gibt.

Die Erschließungsarbeiten in der Bleichstraße gehen weiterhin abschnittsweise, aber zügig voran. Es wird mit keiner Überschreitung der Kosten gerechnet. Die Wiederherstellung der Fläche um den „Gröne Jong“ ist beauftragt worden und wird im Sommer 2020 fertiggestellt.

Auch mit der noch ausstehenden Vergabe zur Erstellung der Deckschicht des Gustaf-Gründgens-Platzes wird weiterhin mit keiner Überschreitung der freigegebenen Kosten gerechnet.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss, den von der Stadtkämmerin aufgestellten und vom Oberbürgermeister bestätigten **Entwurf des Gesamtabschlusses 2017** inklusive Gesamtlagebericht sowie den Entwurf des **Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019** inklusive des Lageberichtes zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

Der Rat beschloss einstimmig die **„Richtlinien für die Förderung von Wohnungstauschmaßnahmen“**. Die Verwaltung wird in einem ersten Schritt den Wohnungstausch konzentriert im Stadtbezirk 3 – in Zusammenarbeit mit der Caritas – umsetzen und hier schwerpunktmäßig die notwendige Öffentlichkeitsarbeit leisten. Das Projekt der städtischen Förderung von Wohnungstauschmaßnahmen wird bis zum 30. Juni 2022 evaluiert. Falls im Rahmen eines Wohnungstausches die Anmietung einer Übergangswohnung oder die Einlagerung von Möbeln notwendig ist, wird ein einkommensabhängig ein Zuschuss bis zu 3.000 Euro gezahlt. Weitere Förderungen sind im Rahmen der Richtlinien zur Wohnraumanpassung und Umzügen möglich.

Der Rat beschloss einstimmig, dass ab dem 16.3. bis zur Beendigung der Betretungsverbote die **Erhebung von Elternbeiträgen in der Kindertagespflege, in Kindertageseinrichtungen und im Offenen Ganztage an Primar- und Förderschulen ausgesetzt** wird. Es wird von Mindereinnahmen unter Berücksichtigung von Landes-

erstattungen in Höhe von 3,3 Mio. Euro ausgegangen ohne mögliche Reduzierungen der Elternbeiträge aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Der Rat beschloss gegen 2 Linke und 7 CDU, das vorgelegte **Erhaltungskonzept für die Gasbeleuchtung** zur Grundlage des weiteren Prozesses zu machen und beschloss die Bereitstellung der erforderlichen investiven Mittel in einer Gesamthöhe von 156,5 Mio. Euro für die Jahre 2021 bis 2035. Auf der Grundlage des Masterplans für energieeffiziente und historische Straßenbeleuchtung soll die quartiersweise Detailplanung konkretisiert werden und entsprechend der Zuständigkeitsordnung in die Gremien eingebracht werden. In einem Lichtmasterplan sollen Beleuchtungsqualitäten und –intensitäten entwickelt und Abweichungen von den Richtlinien in einer Beleuchtungsatzung festgelegt werden. Eine Neuausschreibung des Betriebs des Straßenbeleuchtungsnetzes wird vorbereitet. Auf Antrag von BÜ 90, SPD und FDP beschloss der Rat gegen 2 Linke und einige CDU-Stimmen ergänzend, dass das Ziel der im alten Masterplan angestrebten Emissionsreduktion unangetastet bleibt. Die durch den Erhalt von weiteren Gasleuchten nicht erreichte Reduktion muss durch andere Maßnahmen kompensiert werden z.B. durch beschleunigte Umrüstung von alten Stromlichtpunkten auf LED, durch die Beschaffung von 100% Öko-Strom oder den Betrieb der Gasleuchten durch Biogas. Die Überlegungen zur Gründung einer Bürgerstiftung zur Mitfinanzierung sollen aufgenommen werden. Auf Antrag der CDU soll die weitere Umsetzung unter Beteiligung der Bezirksvertretungen erfolgen.

Der Rat nahm einen Bericht über die Abarbeitung seines Beschlusses, mit den städtischen Töchtern stärkere und schnellere **Maßnahmen für den Klimaschutz** zu identifizieren und dem Rat Anfang 2020 eine Umsetzungsplanung vorzulegen, zur Kenntnis.

Der Rat nahm einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen zur Kenntnis, die dem Ziel dienen, **bis 2035 eine Klimaneutralität** zu erreichen. Die Daten zeigen, dass weitere erhebliche Anstrengungen nötig sind, damit die städtischen Einrichtungen das Ziel bis 2035 tatsächlich umsetzen.

Der Rat nahm einen Bericht über die Umsetzung des Antrages „**Blumenwiesen statt Steinwüsten**“ zur Kenntnis. Unter Berücksichtigung des Prüfauftrags verfolgt die Verwaltung das Konzept, das Ziel der Begrünung von Düsseldorfs Vorgärten und Gärten an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Dies geschieht zunächst durch einen informierenden und motivierenden Flyer unter dem Titel „Mach`s bunt“. <https://www.duesseldorf.de/stadtgruen/biodiversitaet/projekte/vorgaerten.html>

Der Rat nahm einen **Maßnahmenkatalog, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken**, zur Kenntnis. Dazu gehören monetäre Anreize, moderne Arbeitsformen, die Erhöhung der Auszubildenden seit 2015 von 391 auf rd. 1000 im Jahr 2020, das Azubi-Wohnen (15 Plätze an der Dorotheenstraße seit 2018, 19 Plätze an der La-combletstraße in einem Neubau, Planung für bis zu weitere 30 Wohneinheiten), Ausbildung von Seiteneinsteiger*innen aus verwaltungsnahen Ausbildungsberufen (in vier Ämtern bereits in Umsetzung), Personalakquise durch Arbeitnehmerüberlassung, Kooperation zwischen Gesundheitsamt und Kliniken in den Bereichen Notarztwesen und Psychiatrie, Marketing, Werte- und Kompetenzmodell. Im Bereich der Pflege unterstützt die Stadt bei der Suche nach Wohnraum und Kinderbetreuung. Im Rettungsdienst wurden Vergütungen verbessert, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt und Karrierepfade durch neue Studiengänge eröffnet. Für den Erzieher*innenberuf wird mit den freien Trägern gemeinsam geworben. Die Ausbildungszahlen bei der Stadt wurden gegenüber dem Vorjahr um 50 % erhöht. Außerdem werden Weiterqualifikationen angeboten.

Der Rat beschloss einstimmig eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Neuss, um die Organisation des **Zensus 2021** in einer regionalen Kooperation durchzuführen.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts in Zusammenarbeit mit den fachspezifischen Trägern für die Einrichtung einer **Clearing- und Akutaufnahmestelle für Frauen**, die Gewalt erlebt haben. Dabei soll auch geprüft werden, ob die Einrichtung eines weiteren Frauenhaus geboten ist und unter welchen Bedingungen Fördermittel von Bund und Land in Anspruch genommen werden können.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales hatte in seiner Sitzung am 08.05. auf der Grundlage des beschlossenen Ergänzungsantrages der Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP die Verwaltung mit der **Erstellung eines stadtweiten Konzeptes zur Durchführung zusätzlicher Tests auf das Vorliegen von SARS-CoV-2** beauftragt. Die Verwaltung informierte den Rat über die seit 2.3. aufgebaute Testkapazität (800 täglich). Seit Anfang Mai finden Reihentestungen durch ein mobiles Team in Asylbewerberunterkünften statt. Für Pflegeheime wird in Absprache mit den Trägern ein Interventions- und Abstrichteam aufgebaut, erste Testungen haben schon stattgefunden. In Kooperation mit dem Universitätsklinikum Düsseldorf (UKD) ist eine Überwachung der Inzidenz (Neuerkrankungsrate) von SARS-CoV-2 Infektionen in Tageseinrichtungen für Kinder und deren Verbreitung im häuslichen Umfeld in Planung. Ziel ist es, ca. 5.000 Kinder aus Kindergemeinschaftseinrichtungen über einen Zeitraum von 4 Wochen zu testen; als Testverfahren soll sog. Gurgelwasser (Rachenspülwasser) angewendet werden. Die Kostenschätzung beträgt für Personal und Sachkosten ca. 125.000 EUR. Um einer möglichen Dunkelziffer von Covid-19-Erkrankten sowie bereits Genesenen auf die Spur zu kommen, ist in Kooperation mit dem UKD die Testung an einer repräsentativen Stichprobe von 1.000 Düsseldorfer/Innen auf das Vorliegen von Antikörpern gegen das Coronavirus vorgesehen, die eine Beurteilung der Zahl von abgelaufenen Infektionen ermöglicht. Eine erste Kostenkalkulation geht von 50.000 € aus. Darüber hinaus stehen die Testeinrichtungen allen Düsseldorfer/Innen offen. Dieses Testangebot soll präventiv beworben werden, z.B. für Personen, die Angehörige in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen besuchen wollen. Pro Testung fallen Kosten in Höhe von ca. 70 EUR an, die jedoch in der Regel von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen werden.

Der Rat beschloss einstimmig einen **Corona-Härtefallfonds** mit städtischen Mitteln in Höhe von bis zu 2 Mio. Euro, aus dem nach Zielgruppen gestaffelte Teilhabepauschalen auf Antrag ausgezahlt werden können. Zielgruppen sind Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit, Werkstudenten, Studenten, Rentner*innen, Solo-Selbständige.

Der Rat nahm im Rahmen der Berichtspflicht einen **Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf den Haushalt** zur Kenntnis. Der Bericht wurde dem Haupt- und Finanzausschuss am 6.4. vorgelegt.

Der Rat genehmigte Eilentscheidungen (einstimmig, soweit nicht anders vermerkt)

- zur **Bereitstellung von insgesamt 0,6 Mio Euro** an durch den Corona-Virus insolvenzbedrohte Unternehmen und Institutionen;
- **Aufhebung der Sonntags-Ladenöffnungen** am 8.3., 10.5., 7.6., 21.6. und 9.8., da die jeweiligen Stadtteilstädte bzw. Großmessen abgesagt wurden;
- **Bebauungsplan Vogelsanger Weg/Münsterstraße sowie Änderung des Rahmenplans Einzelhandel in Bezug auf das Zentrum Münsterstraße/Vogelsanger Weg**. Hier wird nun ein urbanes Gebiet ausgewiesen, um in das baulich gering genutzte Areal sowohl Wohnen als auch gewerbliche Nutzungen zu

integrieren. Entlang des Vogelsanger Weges ist eine überwiegend vier- bis fünfgeschossige Bebauung geplant mit bis zu siebengeschossigen Hochpunkten an städtebaulich prägnanten Eckbereichen. Im östlichen Plangebiet sind blockartige Baustrukturen für eine überwiegende Wohnnutzung vorgesehen, in denen jedoch auch nicht störende gewerbliche Nutzungen möglich sind. In einem Teilabschnitt des Urbanen Gebietes können sich in den Erdgeschossen der angrenzenden Bebauungen z.B. Gastronomie- und kleinteilige Einzelhandelsbetriebe ansiedeln. Eine parallel weiter südlich geplante Freiraum-Achse kann von Einrichtungen der Nahversorgung in den angrenzenden Erdgeschossen geprägt werden. Durch die Sicherung über ausgewiesene Geh- und Fahrrechte können Fuß- und Radwegeverbindungen ermöglicht werden, auf denen abseits von Straßen das Gebiet durchquert und das künftige Quartier mit den umliegenden Kleingartenflächen bis hin zum sogenannten „Rath Korso“ (ein weiter nördlich entstandener Grünzug mit Fuß- und Radweg parallel zur S-Bahn Trasse in Rath) verbunden werden kann. Zwei vorhandene Lebensmittel-Discounter in derzeit jeweils eingeschossigen Gebäuden mit großen Stellplatzanlagen sollen am Standort gestärkt werden, indem sie über die Schaffung neuen Planungsrechts neue Entwicklungsperspektiven bekommen. Die Nahversorgung soll künftig als Erdgeschossnutzung in die neu zu entwickelnden Baublöcke integriert werden; die erforderlichen Stellplätze sind in den baulichen Anlagen vorzusehen, um die neue städtebauliche Qualität – auch für das beabsichtigte neue Wohnen und Arbeiten – sicherzustellen. Die Baukörper sind aufeinander ausgerichtet und schaffen somit hohe Synergieeffekte: kurze Wege für die Kundschaft, gute Orientierungsmöglichkeiten, hohe Dichte und Nutzungsmischung und klar gegliederte Freiräume, die die Aufenthaltsqualität im Plangebiet erhöhen. Im Bereich des ehemaligen Lebensmittelvollsortimenters an der Münsterstraße soll eine Einzelhandelsnutzung durch neue überbaubare Flächen verbessert werden. Kindertageseinrichtung und Spielflächen werden im benachbarten Bebauungsplan „Beiderseits Vogelsanger Weg“ ausgewiesen, der derzeit entwickelt wird;

- **Flächennutzungsplanänderung „Östlich Völklinger Straße“.** Das bisher als Gewerbegebiet ausgewiesene Gelände wird nun als Gemischte Baufläche ausgewiesen. Die Errichtung einer Kindertageseinrichtung wird ermöglicht. Geplant ist ein lebenswertes und innovatives Quartier bestehend aus Wohnen und Arbeiten, das sich städtebaulich in die Nachbarschaft einfügt. Zur Wahrung einer hohen Freiräumqualität soll das Quartier für Radfahrer und Fußgänger durchquerbar sein. Entlang der Wege sollen öffentlich nutzbare Frei- und Spielflächen entstehen;
- **Flächennutzungsplanänderung Nordöstlich Halbinsel Kesselstraße.** Als nächster Entwicklungsschritt soll der Halbinsel Kesselstraße vorgelagert ein Pier unter Berücksichtigung der hafenwirtschaftlichen Belange und der Schifffahrt entstehen. Dabei soll eine für die Öffentlichkeit nutzbare Fußwegevernetzung der Halbinseln Kessel-, Weizenmühlen- und Speditionsstraße geschaffen werden. Die bisherige Wasserfläche Hafen wird nun als Gewerbegebiet (GE) mit Gehverbindungen dargestellt (gegen BÜ90, Linke, 1 TSW, Enthaltung 1 TSW);
- Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für die Ertüchtigung des Gästezugangs und der Wallanlagen sowie des Kunstrasens im **Paul-Janes-Stadion** mit Gesamtkosten von brutto 2 Mio. Euro. Die Erneuerung des Kunstrasens erfolgt in diesem Jahr, die Ertüchtigung des Gästezugangs ab 2022, da in diesem Bereich noch eine Baustelle im Zusammenhang mit der Brücke Rosmarinstraße eingerichtet wird;
- Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für die **Errichtung einer freizügigen Grundschule durch die IPM am Standort Heerstraße 18/18a** mit Gesamtkosten von 24,8 Mio. Euro. Nach Auflösung der Dependence des Heinrich-Hertz-Berufskollegs am Standort Heerstraße soll das denkmalgeschützte Gebäude saniert und mit einem Erweiterungsbau mit Mensa und Küche ergänzt werden. Die Einfach-Sporthalle wird durch eine Dreifach-Sporthalle ersetzt. Für 2020 wurden überplanmäßige Mittel in Höhe von 8,1 Mio. Euro bereitgestellt, Baubeginn ist im

- Juli 2020, Fertigstellung bis August 2022;
- Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für die Maßnahme **Speditionsstraße – Westseite** mit Gesamtkosten von 8,1 Mio. Euro und stellte 3,4 Mio. Euro überplanmäßig zur Verfügung. Der Investor der drei kurz vor Fertigstellung stehenden Baufelder wird sich voraussichtlich mit ca. 1 Mio. Euro an den Kosten beteiligen, auch bei den beiden weiteren Baufeldern, die in der Ausschreibung sind, werden Kostenbeteiligungen erwartet. Die Arbeiten werden in sechs Bauabschnitten bis 2024 ausgeführt;
- Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für **lärmoptimierten Asphalt für den Straßenzug Bernburger Straße/Klein Eller** mit Gesamtkosten von 1,3 Mio. Euro. Die stadtauswärts führende Fahrbahn wird in den Sommerferien 2020, die stadteinwärts führende Fahrbahn in den Sommerferien 2021 erneuert;
- **Deutsches Foto-Institut.** Der Rat nahm zur Kenntnis, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen hat, bis zu 41,5 Mio. Euro für die Errichtung eines Deutschen Foto-Instituts in Düsseldorf bereitzustellen, sofern das Land NRW in gleicher Höhe Mittel bereitstellt. Der Landtag hat dies am 13.12.2019 beschlossen. Der Rat erklärte seine Bereitschaft, ein erschlossenes Grundstück kostenfrei zur Verfügung zu stellen und beauftragte die Verwaltung, unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Wettbewerbes „Blaugrüner Ring“ ein Grundstück im Bereich des Ehrenhofes zu identifizieren. Dem Verein zur Gründung und Förderung eines deutschen Fotoinstituts wurden zur Mitwirkung bei Konzeption und Entwicklung überplanmäßig 100.000 Euro zur Verfügung gestellt;
- **Änderung der Hauptsatzung.** Infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse können öffentliche Bekanntmachungen künftig im Internet unter www.duesseldorf.de/bekanntmachungen erfolgen;
- **Änderung der Richtlinien des Förderprogramms Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten.** Das Förderprogramm wird auf Gewerbeimmobilien von Klein- und Kleinstunternehmen nach Definition der EU ausgedehnt, die Fördergrenze wird von 50.000 auf 100.000 Euro angehoben. Die Förderung von Fernwärmeanschlüssen wird auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt, die Förderung von Wärmepumpen wird ausgedehnt und die Förderung von Infrarotheizungen ermöglicht. Die Förderung von Dämmungen und insbesondere die Verwendung von umweltfreundlichen Dämmstoffen sowie Photovoltaikanlagen werden erhöht;
- **Neue Richtlinie und Vergabe des Umweltpreises.** Die Förderung von kleinen Projekten „Mach was draus“ wird von 250 auf 400 Euro, der Umweltpreis von 2.500 auf 4.000 Euro erhöht;
- **Neubau der Rad- und Fußgängerbrücke Kennedydamm.** Der Rat folgte dem Votum der Empfehlungskommission und beauftragte die Verwaltung mit der Entwurfsplanung;
- Bestimmungen für die **Verleihung des Bernd-und-Hilla-Becher-Preises.** Der Preis soll erstmalig in 2020 in zeitlicher Nähe zum Projekt Düsseldorf Photo+ verliehen werden. Unter Einbeziehung des Nachlassverwalters wurde eine Jury gebildet, die entschieden hat, den Hauptpreis an die Fotografin Evelyn Richter (15.000 Euro) und den Förderpreis an den Fotografen Theo Simpson (5.000 Euro) zu verleihen. Für die Verleihung ab 2022 legte der Rat die Bestimmungen fest.

Personalien

Der Rat

- ersetzte Frau Dr. Petra Winkelmann im Kuratorium der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus durch die Leiterin des Kutoramts Frau Marianne Schirge, Vertreter ist der Leiter des Stadtarchivs, Herr Dr. Benedikt Mauer,
- besetzte die Gremien, für die der Jugendrat beratende Mitglieder benennen kann,
- wählte Frau Ramona Klukas zur Schiedsfrau für Düsseldorf und Zooviertel,
- berief anstelle des Künstlers Stefan Machac die Künstlerin Anna Mirbach in die

Kunstkommission.

Bauen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung und der Herbeiführung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses und Umsetzung durch die IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH;

- **Marie-Curie-Gymnasium – Sanierung der naturwissenschaftlichen Fach- und Nebenräume** mit vorläufigen Gesamtkosten von 1,5 Mio. Euro. Da der Schulstandort aufgrund der Rückkehr zu G9 erweitert wird und ebenfalls Umbauten im Bestand vorgenommen werden, ist es aus Synergiegründen sinnvoll, die Sanierung der naturwissenschaftlichen Fach- und Nebenräume in die Planungen für G9 einzubeziehen und innerhalb einer Gesamtmaßnahme bauplanerisch abzuwickeln (einstimmig).
- **Jugendverkehrsschule Rath, Rather Broich 137** mit vorläufigen Gesamtkosten von 2,91 Mio. Euro. Seit 1985 findet der theoretische Unterricht im Schützenhaus des Bürger-Schützen-Vereins Rat . Die praktische Ausbildung findet im Freigelände statt, Materialien sind in Containern untergebracht. Die Verkehrspuppenbühne gastiert derzeit 3 Monate im Jahr an einer Grundschule in Heerdt. Nun soll ein Zentrum für Verkehrserziehung in einem Neubau nebst Sanitäranlagen errichtet werden, die auch vom Schützenhaus aus genutzt werden können. Baubeginn ist im 3. Quartal 2021 vorgesehen (einstimmig);

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung

- **Gesamtsanierung der Unteren Kapelle auf dem Friedhof Gerresheim, Quadenhofstraße 151** mit Gesamtkosten von 1,9 Mio. Euro. Die vorhandenen Bauschäden werden behoben und das Gebäude insgesamt an den heutigen Stand der Technik angepasst. Gleichzeitig werden die Betriebsabläufe und die Nutzung der Räumlichkeiten optimiert. Die alte Öl-Heizungsanlage wird gegen einen modernen Gasbrennwert-Kessel ausgetauscht und die Rohrleitungen im Gebäude, inklusive der Heizkörper, ersetzt. Die Elektroinstallationen, einschließlich der elektrischen Zuleitung und des Blitzschutzes, werden komplett erneuert. Im Zuge der Umgestaltung des Kapellenraumes und der Außenanlagen wird das Beleuchtungskonzept auf LED-Beleuchtung umgestellt. Das Geländeniveau des Vorplatzes wird angehoben und ermöglicht eine barrierefreie Erreichbarkeit der Kapelle für Rollstuhlfahrer*innen. Ein taktiles Leitsystem für Sehbehinderte ist vom Friedhofstor bis zur Kapelle vorgesehen. Der gesamte Raum der Kapelle wird mit einer Induktionsschleife für eine Höranlage ausgestattet. Für die Dauer der Baumaßnahmen wird eine provisorische Kapelle in Zeltform vorgesehen. Bauzeit vom 4. Quartal 2020 bis 4. Quartal 2021.

Der Rat beschloss die Änderung Von Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüssen:

- **Eisenbahnunterführung Bamberger Straße**, Tieferlegung der Straße. Die Gesamtkosten erhöhen sich durch Maßnahmen zum Schutz des Spundwandverbaus, die Ertüchtigung der Standsicherheit der Konecranes-Rampe, veränderte Baustelleneinrichtungen (weil Grundstücke nicht gekauft werden konnten), Kampfmittelsondierungen sowie das Brücken- und Gleismonitoring während der Bauphase um 5,5 Mio. Euro auf 16,5 Mio. Die Firma Konecranes erhöht ihre Beteiligung an den Gesamtkosten auf 3,65 Mio. Euro, die Bezirksregierung zahlt 1 Mio. Euro. Die Deutsche Bahn hat signalisiert, sich an den Kosten zu beteiligen, da bei der Unterführung eine Erweiterung durch den RRX berücksichtigt wurde. Mit Fertigstellung wird jetzt im Oktober 2021 gerechnet. Der Rat stellte 1 Mio. Euro überplanmäßig bereit (gegen Linke);
- **Stadtbahn U81, 1. Bauabschnitt Freiligrathplatz – Flughafen Terminal**. Die Gesamtkosten erhöhen sich von 230 Mio. Euro auf 256 Mio. Euro, die Fördermittel von 120 Mio. Euro auf 180 Mio. Euro (der höhere Zuschuss aufgrund der verbes-

serten Förderung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist beantragt, aber noch nicht genehmigt). Die Erhöhung der Kosten resultiert aus den Ausschreibungen für die vorbereitenden Arbeiten und den Rohbau und berücksichtigt Reduzierungen der Kostenentschädigungen für den Flughafen. Insgesamt kommt es zu einer Reduzierung des städtischen Anteils in einer Größenordnung von 30 bis 40 Mio. Euro. Fertigstellung ist weiterhin in 2024 geplant (Enthaltung CDU, Pirat, nein 4 CDU, Linke, TSW, Rep, AfD). Der Antrag der Linken, die Planung einzustellen, fand keine Mehrheit.

Planungsrecht

Der Rat

- beschloss den **Bebauungsplan Ulmer Höh – Nordteil**. Auf dem 3,9 ha großen Gelände der ehemaligen Justizvollzugsanstalt wird Baurecht in im Wesentlichen vier bis fünf geschossigen Gebäuden, teilweise zuzüglich gestaffeltem Geschoss, für rund 550 Wohneinheiten, darunter 180 studentische Wohneinheiten, Büronutzungen und untergeordnet Gewerbeflächen sowie eine vierzügige Kindertagesstätte geschaffen. Es sollen rund 50 % der Wohnbauflächen im öffentlich geförderten Wohnungsbau, davon 30 % studentisches Wohnen (180 Wohnungen) umgesetzt werden. Stellplätze werden in Tiefgaragen untergebracht. Als Fußabdruck des ehemaligen Gefängnisgebäudes wird ein Kreuz als Rasenfläche ausgebildet und als Aufenthalts- und Bewegungsfläche dienen. Zusätzlich wird ein 940 qm großer Spielplatz ausgewiesen. Die ehemalige Gefängnis-Kapelle soll erhalten bleiben und einer Baugruppe zur Verfügung zu stellen werden. Auf preisgedämpften Wohnungsbau soll vor dem Hintergrund des auf 50 % erhöhten Anteils öffentlich geförderten Wohnungsbaus verzichtet werden (gegen TSW).

Während der langen Sitzungsdauer kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratsitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**